

Berlin, den 14. Dezember 2015

Pressemitteilung
der BAG kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen

Antidiskriminierungsstelle des Bundes veröffentlicht Handlungsempfehlungen gegen Geschlechterdiskriminierung

Zum Themenjahr „Gleiche Rechte - Gegen Diskriminierung aufgrund des Geschlechts“ erarbeitete eine unabhängige Expert_innenkommission Handlungsempfehlungen, die aktuell der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) übergeben wurden. Unter Vorsitz von Prof. Dr. Allmendinger Ph.D., Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, und Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister von Berlin a.D., war neben namhaften Verbänden und Institutionen, die Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauenbüros Deutschland an der Erarbeitung der Handlungsempfehlungen beteiligt.

Mehr Schutz vor sexualisierter Belästigung am Arbeitsplatz, Abbau von Benachteiligungen trans*- und intergeschlechtlicher Menschen und ein effektives Gesetz zur Durchsetzung der Entgeltgleichheit zwischen den Geschlechtern – das sind die Hauptforderungen, der Kommissionsmitglieder.

Dabei geht es um Diskriminierungsrisiken am Arbeitsplatz, hier speziell um sexualisierte Belästigung im Arbeitsfeld, die Situation von Trans* und intergeschlechtlichen Personen, insbesondere beim Zugang zum Arbeitsmarkt und

den Benachteiligungen von Frauen in irregulären Arbeitsverhältnissen in Zusammenhang mit dem Themenbereich der Entgeltgleichheit.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauenbüros (BAG) engagiert sich seit Jahren mit den Themenstellung der sexuellen Belästigung, die u.a. durch die Aufschrei Kampagne von Anne Wizorek, eine breite Öffentlichkeit erreichte, sowie zu den Entgeltunterschieden zwischen den Geschlechtern von 22 Prozent.

Um Ansprüche geltend machen zu können, plädieren die Fachleute mehrheitlich für die Anhebung der extrem kurzen Fristen, innerhalb derer nach einer Diskriminierung Ansprüche auf Entschädigung und Schadensersatz geltend gemacht werden können, von zwei auf sechs Monate zu erweitern und ein Verbandklagerecht einzuführen.

Die BAG unterstützt die Forderungen der Kommission und lobt die praxisnahe Handreichung verbunden mit den Forderungen an die Politik.

Weitere Materialien sind zu finden unter: ww.antidiskriminierungsstelle.de

Brigitte Kowas und Roswitha Bocklage
für die Bundessprecherinnen

Sprecherinnengremium

- Martina Arndts-Haupt**
Stadt Münster
Leiterin des Frauenbüros
Tel 02 51 - 4 92 17 00
arndtshm@stadt-muenster.de
- Roswitha Bocklage**
Stadt Wuppertal
Gleichstellungsstelle für Frau und Mann
Tel 0 20 2 - 5 63 53 70
roswitha.bocklage@stadt.wuppertal.de
- Petra Borrmann**
Stadt Delmenhorst
Gleichstellungsbeauftragte
Tel 0 42 21 - 99 11 87
petra.borrmann@delmenhorst.de
- Beate Ebeling**
Stadt Wolfsburg
Gleichstellungsbeauftragte
Tel 0 53 61 - 28 27 62
beate.ebeling@stadt.wolfsburg.de
- Heike Gerstenberger**
Bezirksamt Pankow von Berlin
Gleichstellungsbeauftragte
Tel 0 30 - 9 02 95 23 05
heike.gerstenberger@ba-pankow.berlin.de
- Brigitte Kowas**
Bezirksamt Reinickendorf von Berlin
Frauenbeauftragte
Tel 0 30 - 9 02 94 23 09
brigitte.kowas@reinickendorf.berlin.de
- Susanne Löb**
Landkreis Wolfenbüttel
Gleichstellungsbeauftragte
Tel 0 53 31 - 8 42 53
s.loeb@lk-wf.de
- Katrin Morof**
Landkreis Helmstedt
Gleichstellungsbeauftragte
Tel 0 53 51 - 1 21 12 12
gleichstellungsbeauftragte@landkreis-helmstedt.de
- Annette Niesyto**
Stadt Karlsruhe
Gleichstellungsbeauftragte
Tel 07 21 - 1 33 30 60
annette.niesyto@zjd.karlsruhe.de
- Inge Trame**
Stadt Gütersloh
Gleichstellungsbeauftragte
Tel 0 52 41- 82 20 80
inge.trame@gt-net.de
- Saskia Veit-Prang**
Landeshauptstadt Wiesbaden
Frauenbeauftragte
Tel 06 11 - 31 24 49
saskia.veit-prang@wiesbaden.de